Nr. 275. Donnerstag, 24. November. 1898

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaction 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 6.
XVII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Die Frauen und das bürgerliche Gesetzbuch.

Von einem Mitglied des Danziger Vereins „Frauenwohl" geht uns folgender Artikel zu:

Der neue Reichstag, der in diesen Tagen zusammentritt, wird sich u. a. mit einer Petition des Bundes deutscher Frauenvereine zu beschäftigen haben, welche einige Aenderungen im neuen bürgerlichen Gesetzbuch beantragt. Bei der Wichtigkeit, die diese Aenderungen für die Stellung der Frau haben, erscheint es zweckmäßig, noch einmal in Kürze die Vorzüge des neuen Gesetzes, sowie seine Nachtheile zu erörtern, und auf die Punkte näher einzugehen, die die durchaus maßvoll gehaltene Petition der Verbesserung bedürftig erachtet.

Zuerst sei darauf hingewiesen, daß es ein Irrthum ist zu glauben, daß an dem vom Reichstag einmal angenommenen Werke nichts mehr zu ändern sei. Wohl können bis zur Inkrafttretung des bürgerlichen Gesetzbuches im Jahre 1900 noch Aenderungen vorgenommen werden. Aber selbst wenn der neue Reichstag nicht gewillt sein sollte, solche zu befürworten, so erscheint es doch Pflicht jeder Frau, nicht stillschweigend die mancherlei Ungerechtigkeiten des neuen Gesetzbuches hinzunehmen. Ich will gleich von vornherein betonen, daß ich nicht zu denen gehöre, die in dem Gesetzentwurf nicht eine Verbesserung sehen. Ein einheitliches Recht ist schon immer ein bedeutender Fortschritt, an dem naturgemäß die Frau auch Theil nimmt; aber auch in den sie betreffenden Gesetzen ist ein Fortschritt nicht zu verkennen. Ich rechne dazu einmal ihre Geschäftsfähigkeit, dann die freie Disposition über das Erworbene und endlich die Möglichkeit, die Vormünderin ihrer und unter Umständen auch fremder Kinder zu werden. Diesen Vortheilen stehen aber auch Nachtheile gegenüber, die theils in übernommenen Paragraphen bestehen, theils neu in das Gesetzbuch gekommen sind. Begreiflicherweise erlangen die Bewohner der Gebiete des preußischen Landrechts die wenigsten Vortheile, da ihr Gesetz das den modernen Ansprüchen am meisten genügende ist; sie haben sogar Rückschritte zu verzeichnen, z. B. in Sachen der Ehescheidung.

Man hatte allgemein bei dem Eherecht auf Gütertrennung gehofft; diese soll jedoch nach juristischer Auffassung dem germanischen Bewußtsein nicht entsprechen. Nun haben aber Großbritannien, Skandinavien, sowie der größte Theil der Union dieses System eingeführt, ohne ihr germanisches Gewissen beschwert zu fühlen, und es haben sich daraus bis jetzt noch keine der schrecklichen Folgen ergeben; weder sind die Ehescheidungen gestiegen, noch ist das Familienleben untergraben, welches namentlich in England zu einem besonders innigen entwickelt ist; es sind dazu eben andere Factoren maßgebend als die Unmündigkeit der Frau.

Das gesetzliche Güterrecht des neuen bürgerlichen Gesetzbuches ist allerdings bemüht gewesen, das unter der Verwaltung des Mannes befindliche Vermögen sicher zu stellen, was als Fortschritt anerkannt werden muß. Es muthet einen aber auch sonderbar an, daß die Frau, die vielleicht als Mädchen ihr Vermögen selbst verwaltet hat, durch die Ehe nun darin gehindert wird. Möchte man sich doch endlich von der Anschauung der Witzblätter freimachen, die die Frau nur von dem Verlangen nach Putz oder nach einer Badereise erfüllt sehen! Natürlich giebt es auch solche Frauen, aber das Pendant des kneipenden und nach Vergnügen jeder Art strebenden Mannes fehlt ebenso wenig. Nun weisen die Juristen auf das Beispiel der Länder mit Dotalrecht hin, wo fast immer die Frau dem Manne ihr Vermögen zur Verwaltung übergab und zwar dann ohne gesetzliche Garantie. Das ist ein Mißstand, und es ist nicht recht einzusehen, warum die dem Ehemanne gegebene Vollmacht nicht ebenso wie die bei anderen Vereinbarungen rückgängig gemacht werden könnte. Es ist schwer zu begreifen, warum die Frau ewig in ihrer Unmündigkeit erhalten bleiben soll, da sie doch als Wittwe sofort fähig sein muß, nicht nur für sich, sondern auch für die Kinder zu sorgen, und bei Lebzeiten des Mannes auch diesen in Krankheitsfällen zu unterhalten hat. Es wird als Grund für das Verwaltungsrecht des Mannes ferner angeführt, daß Geldsachen kein Streitobject in der Ehe sein sollen, die als Einheit gedacht ist. Das klingt alles sehr schön; aber das Leben ist nun einmal nicht ideal und bringt Conflicte aller Art mit sich, die mit dergleichen Redensarten nicht aus der Welt geschafft werden. Wir alle sind doch oft genug Zeuge gewesen, wie unter dem geltenden Recht sich Mißstände aller Art gezeigt haben, Mißstände, die natürlich auch bei der Gütertrennung nicht verschwinden werden; die Last würde aber gleichmäßiger vertheilt sein und nicht, wie bisher, die Frau ausschließlich treffen. Es ist doch auch kein ungebührliches Verlangen, daß der Frau des 20. Jahrhunderts diejenige Stellung gegeben werde, die die Frau des 6. Jahrhunderts besessen hat, sowohl als Ehegattin, wie auch als Vormünderin der Kinder.

Sehr zu bedauern ist es, daß die Petition sich nicht gegen die Erschwerung der Ehescheidung wendet; sie trifft ja freilich beide Theile, aber die Frau oft schwerer als den Mann, weil das Haus ihre Welt ist und sie naturgemäß bei dessen Zerstörung mehr leidet.

Die elterliche Gewalt, welche im ersten Paragraphen der Frau zugestanden wird, wird durch die folgenden illusorisch gemacht, da in ihnen nur von der väterlichen Gewalt die Rede ist; die mütterliche tritt nur beim Tode des Vaters und seiner Entmündigung in Kraft. Wer da weiß, wie bei den sich immer steigernden Berufspflichten des Mannes fast die ganze Erziehung in den Händen der Mutter liegt, der versteht es nicht, warum sie mit den Pflichten keine Rechte erwirbt. Kann man hier noch den Einwurf gelten lassen, daß es bei Streitigkeiten eine obere Instanz geben müsse und daß es dem Wesen der Ehe nicht entspreche, bei jeder Differenz das Vormundschaftsgericht anzurufen, so fällt dies Motiv bei der Mutter des unehelichen Kindes fort, der das Gesetz die Pflege allein überträgt, ohne ihr die elterliche Gewalt zuzugestehen. Man kann hiergegen nicht lebhaft genug protestiren.

Eine bedauernswerthe Ungleichheit ist es auch, daß bei Wiederverheirathung die elterliche Gewalt der Mutter erlischt, die des Vaters aber nicht, wofür man vergebens nach einem Grunde sucht.

Die Verpflichtung des Vaters zur Erhaltung des unehelichen Kindes bis zum 16. Lebensjahre und die Erblichkeit dieser Alimentationspflicht ist ein gewaltiger Fortschritt gegen die bisher giltigen Bestimmungen, die geradezu zu Umgehungen des Gesetzes führten, ebenso die Einreihung des unehelichen Kindes in den Kreis der mütterlichen Familie. Es würde aber nur der Gerechtigkeit entsprechen, wenn das Kind auch mit seinem Vater „verwandt" würde, wie der klassische, stark bemängelte Ausdruck lautete, dessen Unklarheit, nebenbei gesagt, der schon von Friedrich d. Gr. gewünschten „deutlicheren Fassung der Gesetze zum Verständniß des Volkes" ins Gesicht schlägt. Der einzige Weg, dem Kinde eine Stellung zu verschaffen, liegt in der Anerkennung und Erbfähigkeit desselben. Daß auch Juristen eine derartige Regelung der Verhältnisse der unehelichen Kinder für möglich halten, bewiesen Bulling und Bridel, welcher letztere darüber sehr beachtenswerthe Winke giebt, die mit der Wirklichkeit rechnen und sich nicht in Utopien verlieren, wie es bei manchen Freunden der Sittlichkeitsbestrebungen vorkommt. Sicher ist wohl, daß die Sitte noch mehr als das Gesetz die Stellung der unehelichen Kinder bestimmt, und es wird eine Aufgabe der modernen Frau sein, in dieser Hinsicht Wandel zu schaffen.

Bleibt auch hie und da im neuen Gesetzbuch noch manches zu wünschen übrig, so hält sich die Petition doch an die drei Hauptpunkte: Gütertrennung, gleichberechtigte elterliche Gewalt der Mutter, mit besonderer Berücksichtigung der unehelichen, und Besserstellung des unehelichen Kindes dadurch, daß seine Ansprüche dem Vater gegenüber gerechter normirt werden.

Soll die Petition einen Erfolg haben, so muß sie den Charakter der Einmüthigkeit tragen. Es ergeht an alle Frauen, nicht zum mindesten an die glücklichen, denen weder dieses noch ein anderes Gesetz je Kummer bereiten wird, die Bitte, für die einzutreten, die unter der Ungerechtigkeit dieser Gesetze schwer leiden müssen. Mögen sie das Ihrige dazu thun, daß das neue Gesetzbuch ebenso wie einst das jetzt verabschiedete Landrecht seiner Zeit gerecht wird.

Ein Phantasiekrieg zwischen Frankreich und England.

Die öffentliche Meinung in Frankreich ist immer noch sehr aufgeregt über die von England erlittenen Kränkungen und Demüthigungen. Da man sich aber in einen Krieg mit der übergewaltigen englischen Flotte nicht einlassen kann, so ballt man wenigstens die Faust in der Tasche und strengt die ohnehin schon allzu rege Phantasie an, wie man dem verhaßten Gegner trotz seiner Ueberlegenheit zur See beikommen könnte. So bringt ein in Brest erscheinendes Blatt den alten Plan einer Landung französischer Truppen in England aufs Tapet. Der Commandant Bernicot, der den Artikel zeichnet, schreibt, eine solche Landung sei nicht unmöglich, die bloße Drohung habe den Engländern schon mehrmals die größte Angst eingejagt; sie könnte Handel und Verkehr ins Stocken bringen, den Credit lähmen und den Bankerott herbeiführen. Die Sicherheitsmaßregeln, die England zu treffen gezwungen wäre, würden ihm unermeßliche Opfer kosten; es müßte alle seine Flottenkräfte nach dem Ocean und dem Kanal kommen lassen und wahrscheinlich das Mittelländische Meer räumen. Wenn Frankreich nur England gegenüber stände, so würde es ihm, meint der Commandant Bernicot, freistehen, den Kriegsschauplatz auf den Ocean, in den Kanal oder in das Mittelmeer zu verlegen.

Paul de Cassagnac spottet über den Einfall Bernicots, da eine Landung französischer Truppen in England nur dann thunlich wäre, wenn 100 000 Mann über den Kanal ungehindert befördert werden könnten, wofür keine Wahrscheinlichkeit vorhanden sei. Auch die Ausführungen von Charles Bos im „Rappel" nennt er eitel Phantasien. Bos hatte nämlich eine Landung englischer Truppen nicht nur, sondern auch eine Beschießung der französischen Seehäfen für unmöglich erklärt und die Ansicht geäußert, England werde sich wohl hüten, Frankreich in Indochina, Algerien oder Madagascar anzugreifen. Die „Autorité" behauptet dagegen, die letzten Flottenmanöver der Engländer hätten bewiesen, daß es diesen ein Leichtes wäre, die französische Küste zu bombardiren, zumal sie unzureichend genug beschützt sei, und wenn England in Indochina, Algerien und Madagascar den Aufruhr der Einheimischen gegen Frankreich schüre, so wären die Folgen ebenso schlimm, als wenn es von der Waffengewalt Gebrauch machte.

„Die schmerzliche Wahrheit", schreibt Cassagnac, „besteht darin, daß England vor unseren Waffen sicher ist und daß wir Hiebe bekämen, ohne sie zurückgeben zu können. Unter solchen Umständen ist ein Krieg nicht möglich. Es wäre ein Selbstmord. Aber darum dürfen wir nicht unthätig der schmachvollen Drohung des englischen Stiefels ausgesetzt bleiben. Wir haben nicht genug Schiffe und müssen uns daher beeilen, möglichst viele neue Schiffe zu bauen. Da man aber nicht Schiffe in einem Tage baut, so muß die Kaperei ohne Verzug wieder eingeführt werden. Das ist die wahre Lösung, das einzige Mittel, uns gegen England zu wehren. Mit leichten, schnellen Fahrzeugen würden die schweren Kriegsschiffe überflüssig gemacht und könnte man die sechsunddreißigtausend Kauffahrteischiffe des Engländers beunruhigen. Mit gleichen Waffen zu kämpfen, einen militärischen Krieg zu führen, ist unmöglich. Den Corsarenkrieg hingegen können wir führen und mit Erfolg. Durch einen gewaltigen Druck des französischen Patriotismus müssen unsere ängstlichen Minister gezwungen werden, das Recht der Kaperei wieder herzustellen, und wäre es auch nur, um uns gegen die unerträglichen Herausforderungen der Engländer zu schützen."

Das sind ja natürlich nur Hirngespinnste, die rasch genug wieder vergessen sein werden. Sie stacheln aber den Enthusiasmus an, mit dem Frankreich an die Verstärkung seiner Kriegsflotte gehen zu wollen scheint.

Politische Uebersicht.

Danzig, 23. November.

Abtretung der Walfisch-Bai.

Eine wichtige Nachricht ging uns heute wie folgt zu:

London, 23. Nov. Die „Pall Mall Gazette" schreibt: Die britische Walfischbai (britische Enclave in Deutsch-Südostafrika) soll thatsächlich an Deutschland abgetreten werden. Als Gegenleistung dafür erhält England nicht deutsches Gebiet, sondern die kleine portugiesische Enclave an der Congomündung, welche eine prächtige Kohlenstation abgiebt.

Das wäre ein für Deutschland und England ausgezeichnetes Geschäft und auch Portugal verlöre wenig, denn für Portugal hat die kleine Congoenclave wenig Bedeutung, England aber erhält damit vollen Ersatz für den einzigen Werth, den es in der Walfischbai besaß, den einer Kohlenstation, deren es auf der weiten Tour zwischen dem Nigergebiet und Capland bedarf, und Deutschland gewinnt endlich den einzigen von der Natur geschaffenen brauchbaren Hafen an seinen südwestafrikanischen Territorien und kann darauf verzichten, kostbare künstliche Hafenanlagen zu bauen. Die in den letzten Tagen durch manche Zeitungen gegangene Meldung, daß England als Entgelt für die Walfischbai einen Streifen des deutschen Protectoratsgebiets am Tanganikasee verlange, um mittels desselben eine Verbindung der südafrikanischen Besitzungen Großbritanniens mit den central- und nordafrikanischen herzustellen ist damit dementirt und die durch sie hervorgerufene Beunruhigung in manchen colonialen Kreisen gegenstandslos geworden. Wenn sich die Meldung des Londoner

Prinz Niko.

Roman von C. Bely.

9) [Nachdruck verboten.]

(Fortsetzung.)

Sie ist im inneren Hofe jetzt, an der schönen Freitreppe, an deren Steinvorsprüngen geflügelte Greife aus Bronze Wache halten. Sie denkt, daß sie bald nach ihrer Herkunft nach Greifenstadt die wahre Thatsache erfahren, die ihr Vater für die Siebzehnjährige umschrieben. Der alte Fürst hatte mit einem schönen Bürgermädchen zu Lebzeiten seiner Frau eine Liebschaft angeknüpft und den Sohn, allerdings unter dem abgeänderten Namen, anerkannt. Die Halbbrüder, der jetzige Fürst und ihr Mann, waren auch durch Freundschaft mit einander verbunden.

Von den Wänden des breiten Corridors blicken geharnischte Männer, Ritterfrauen, Rococogestalten, dichte Teppiche dämpfen jeden Schritt, die Pfeiler an den Fenstern zeigen Wappen, in den Nischen sind Sitze. Aus einer derselben taucht der Kammerdiener der Fürstin, Musche, auf, macht stumm einen tiefen Diener, öffnet die Thür des Vorzimmers und nimmt der Kommenden Hut und Mantel ab.

„Na, Musche, wie geht's Ihrer Frau?" fragt sie dabei theilnehmend.

„Wieder auf den Beinen Frau Medizinalrath. Der Herr Gemahl haben sie wieder darauf gestellt."

Nun öffnete er die Portièren zum ersten Salon, den Minni v. Reifenstein durchschreitet, um auf der Schwelle des zweiten ihre tiefe Verbeugung zu machen.

„Ah, liebe Medizinalräthin", tönt es von der Chaiselongue herüber, „Sie müssen schon entschuldigen, ich habe heute einen schlechten Tag. Mein Fuß will wieder Schonung."

Mit ein paar raschen Schritten ist die blonde Frau bei der halb Liegenden und beugt sich über ihre Hand.

„Durchlaucht spüren das Frühlingswetter, sagt mein Mann. Durchlaucht sind eine sensitive Natur."

„Mein guter Medizinalrath!" nickt Fürstin Theda. Sie ist hager, schon weiß, blaß, mit großen blauen Augen, einer stolz gebogenen Nase und einem schön geschnittenen Munde. Das sind Erbtheile ihrer Familien, der Marken, eines reichsunmittelbaren Grafengeschlechts, das seinen Stammbaum auf den Kaiser Rudolf von Nassau zurückführt. Die Art, wie Fürstin Theda den Kopf auf dem schlanken Halse hält, ist charakteristisch, durch und durch aristokratisch ist die ganze Erscheinung. Sie trägt ein schwarzes Moirékleid mit sehr schönen weißen Spitzen, birnenförmige Perlen in den Ohren und eine Brosche mit solchen Perlen. Es ist sehr viel Ernst in ihrer Erscheinung, und solcher liegt auch in der Luft, die sie umgiebt. Das fühlt Minni instinctiv heute wieder, ohne daß sie eine genaue Erklärung darüber geben könnte. In einem dritten Zimmer steht der Flügel der Fürstin; sie ist eine gute Musikerin und hat auch hübsch gesungen. Daß die kleine Medizinalräthin unmusikalisch ist, bedauert sie trotz der langen Reihe von Jahren, welche jene schon da ist, immer noch.

Dann begrüßt Minni Fräulein v. Göschen; so klein und zierlich, wie dieselbe ist, so würdevoll ist ihre Haltung. Sie steigt die zwei Stufen des erhöhten Sitzes am Fenster, den sie inne hatte, herunter und sagt: „Frau v. Ammer hatte mit Ihnen eintreten sollen — die Frau kann nie pünktlich sein!"

„Liebe Göschen", scherzt die Fürstin, „unsere Medizinalräthin ist doch daran unschuldig. Und wo Ihre Erziehung nicht anschlägt, da ist wirklich Hopfen und Malz verloren, da gebe ich also jede Hoffnung bei der Ammer auf."

Der Salon ist so voller Möbel gestellt, daß es eher ein Durchwinden als ein Durchgehen ist; einige sind alt, andere neuesten Stils, Blumen, Nippessachen und sehr viel Bilder und Büsten sind da. Auch das stets einen Kranz mit Trauerflor tragende Bild des verstorbenen Erbprinzen, eines schlanken, der Fürstin ungemein ähnelnden jungen Mannes, hängt an der Hauptwand und daneben das seiner schönen Wittwe Prinzessin Katharina, einer Oesterreicherin. Sie ist sehr reich, und das macht sie unabhängiger, als es sonst der Fall für Wittwen in derartigen Verhältnissen zu sein pflegt.

Die Fürstin deutet auf einen Polstersitz sich gegenüber. „Und wie geht es Ihnen, fühlen Sie auch den Wechsel der Jahreszeit?" Minni dehnt ihre schlanke Gestalt ein wenig. „Ich weiß weiter nichts davon, als daß mich immer so ein Sehnen erfaßt — ins Weite, oder als müßte ich fliegen oder — etwas erleben."

„O, Sie junges, fröhliches Wesen! — Ja, das hat vielleicht jeder Mensch einmal gehabt oder gekannt."

„Ich nicht, Durchlaucht — ich nie!" sagt Fräulein v. Göschen. „Ich habe mich mit jeder Jahreszeit so abgefunden, wie sie einfällt."

„Sie, liebe Anna, sind ja auch das Correcteste des Correcten", lächelt Fürstin Theda und faßt nach ihrer Häkelei. In dem Augenblick macht Frau v. Ammer drüben an der Thür ihre Verbeugung.

„Durchlaucht verzeihen, es wird wohl wieder ein bißchen später geworden sein."

„Volle zehn Minuten", constatirt das Hoffräulein.

„Aber meine fünf ungezogenen Kinder" —

Die Fürstin streckt der frischen, hübschen, sich natürlich gebenden Frau die Hand hin.

„Wir lassen diese mildernden Umstände gelten, nicht wahr, liebe Göschen?"

„Wie Durchlaucht befehlen! Aber ich meine, man muß Kinder nicht ungezogen sein lassen", entgegnet die Göschen.

Die Gattin des Hofmarschalls v. Ammer ist aus einem hohen gräflichen, aber blutarmen Hause Baierns; die Steifheit der Hofdame imponirt ihr nicht.

„Sie sollten 'mal die Krabbelei um sich haben und so wenig Dienstboten wie ich, mein liebes Fräulein v. Göschen. Da brummte Ihnen denn doch der Kopf und dann läßt man mal fünf gerade sein. Hab' kürzlich zum Prinz-Regenten gesagt, wie ich daheim war und er sehr gnädig fragte, wie's mir denn hier erging: Königliche Hoheit, aus Lieb' haben wir uns g'nommen, der Franzel und ich, und schön ist's da schon. Daß wir aber nit allein von der Lieb' leben können, das haben wir auch gelernt. Schmalhans ist halt Küchenmeister und werden uns die Füß' kalt, so müssen wir sie höher zieh'n unter der kurzen Decken. Und froh sind wir, daß mein Mann sein Amt hat. Schaun's, sehr gelacht hat er, der Prinz-Regent."

Fräulein v. Göschen ist ganz mustergiltig in ihrer Haltung, und ihr graues Seidenkleid mit sehr viel Schmelzverzierung sitzt außerordentlich gut. Sie bemerkt natürlich sofort, daß der eine Knopf an Frau v. Ammers glatter, brauner Taille zuzuknöpfen vergessen ist, und richtet einen strafenden Blick dahin.

„Ueberhaupt, Durchlaucht, gar zu gnädig war er, und alles mußt' er denn auch wissen. Daß mein weißes Hochzeitsgewand noch mein größter Staat ist, und daß ich schwarze Seide mit Krausemünzthee aufbügle. Hat der aber gelacht, ganz köstlich!"

Die Fürstin lächelt auch wieder gütig; Frau v. Ammer zieht ein Strickzeug, einen Kinderstrumpf, hervor, Musche bringt den Theetisch, an welchen Fräulein v. Göschen tritt und Minni v. Reifenstein sucht in ihrem Etui nach der Häkelnadel.

Die Fürstin sieht es und hebt leicht drohend den Finger.

„Wieder vergessen? Nun, dafür möchte ich zur Strafe aus Ihren hübschen Händen die Theetasse gereicht haben." (Fortsetzung folgt.)

Blattes bestätigt und das vielberufene deutsch-englische Colonialabkommen thatsächlich in einer solchen Transaction mit der Walfischbai besteht, dann dürfte diesem Abkommen die allgemeinste Zustimmung sicher sein.

Ueber den Inhalt der Militärvorlage,

welche den Reichstag in der nächsten Session beschäftigen wird, ist schon seit längerer Zeit eine lebhafte Discussion geführt. Wir haben uns an derselben möglichst wenig betheiligt, weil die einzige zuverlässige Grundlage die am 14. Dezember 1897 auf eine Anfrage des Abg. Richert abgegebene Erklärung des Herrn Kriegsministers v. Goßler ist, wonach ein entschiedenes Bedürfniß einer Aenderung der Organisation bei der Feldartillerie hervorgetreten ist. Jetzt erklärt auch der militärische Mitarbeiter der „Nordd. Allg. Ztg.", daß alles Andere auf Combinationen beruhe. Er fügt dann hinzu:

„Es ist selbstverständlich, daß bei derartigen, auf subjectiven Anschauungen beruhenden Combinationen sowohl Richtiges wie Unrichtiges ist. Wenn andererseits aus dem Militäretat schon jetzt bestimmte Angaben und Zahlen mitgetheilt werden, so dürfte dies, nach unserer Kenntniß der Verhältnisse, nur dadurch zu erklären sein, daß Unberufene, welchen der Etat bis zum Druck und bis zur Vertheilung durch die Finger geht, mit mehr oder weniger Gründlichkeit in der Eile Auszüge, zum Zweck der Fructificirung in Zeitungen, angefertigt haben. Auch diese Mittheilungen, scheinbar auf officieller Unterlage beruhend, sind daher mit großer Vorsicht aufzunehmen."

Also — abwarten!

Ein europäischer Fortschritt.

Europa ist durch ein erfreuliches Ereigniß überrascht worden. Der Zollkrieg zwischen Italien und Frankreich, der durch die famose Méline'sche Zollpolitik provocirt wurde, ist nach achtjähriger Dauer zum Abschluß gekommen. Frankreich und Italien haben sich über ein handelspolitisches Abkommen geeinigt. Wer die Initiative dazu ergriffen hat, ist noch nicht festgestellt. Das Geheimniß, mit welchem Frankreich die Verhandlungen umgeben hat, ist so vortrefflich gewahrt worden, daß die erste Nachricht über das erreichte Resultat mit einem großen Fragezeichen begleitet wurde, obgleich die französischen Blätter schon vorgestern Abend den Nachmittags erfolgten Abschluß mittheilen konnten. Der hauptsächliche Vortheil, den der Vertrag Italien bringt, ist der, daß seine Einfuhr — mit Ausnahme von Wein, der nur 12 Frcs. Eingangszoll zahlen wird, — in Zukunft nicht mehr dem Maximal-, sondern dem Minimaltarif unterliegt; Italien gewährt Frankreich seinen Vertragstarif unter Ermäßigung des Zolles für eine Reihe von Waaren, die der italienische Generaltarif von 1887 höher belastet hatte. Nur für die Einfuhr von Seide und Seidenwaaren hält Italien den Satz des Generaltarifs bei. Das von unseren agrarischen Conservativen so eifrig belobte System des autonomen Tarifs, dessen Schöpfer der Oberschutzzöllner Méline ist, und das seit 1892 in Kraft steht, hat eine neue schwere Niederlage erlitten. Vielleicht wird nun Graf Kanitz am Ende doch an diesem vortrefflichen Vorbilde irre. Die Stagnation in seinem Ausfuhrhandel, welche Frankreich dem Méline-schen Zolltarif verdankt, hat sich nachgerade als so nachtheilig erwiesen, daß den Handelsverträgen mit der Schweiz und Rußland nunmehr auch der italienische gefolgt ist. Inwieweit politische Erwägungen mit ins Gewicht gefallen sind, wird man wohl in Kürze durch die französische Presse erfahren.

Auch dieser jetzt beendigte Zollkrieg beweist von neuem, wie zweischneidig diese Waffe ist. Die schwersten Nachtheile haben auch dieses Mal, ebenso wie in dem Zollkriege mit der Schweiz, das hochschutzzöllnerische Frankreich getroffen. Die Einfuhr von italienischem Wein nach Frankreich hat trotz des hohen Zolles zugenommen, da Frankreich namentlich in Folge der Verheerungen der Reblaus des italienischen Rothweines nicht entbehren konnte; dagegen ist die französische Einfuhr nach Italien erheblich zurückgegangen; im Jahre 1897 allein betrug das Minus nahezu 10 Millionen Francs, wie denn überhaupt unter der Herrschaft des Systems Méline die Ausfuhr Frankreichs sich mehr und mehr vermindert hat. Da Deutschland in beiden vertragschließenden Staaten das Recht der meistbegünstigten Nation beanspruchen kann, so kommen auch seiner Ausfuhr die Zollherabsetzungen zu gute, die freilich nicht schwer ins Gewicht fallen. Inwieweit die deutsche Ausfuhr nach Italien, die während der nunmehr abgeschlossenen Periode in nicht geringem Umfange an die Stelle der französischen getreten war, nunmehr durch die Wiederzulassung der letzteren wieder zurückgedrängt werden wird, ist eine andere Frage; wahrscheinlich wird sich aber auch in diesem Falle herausstellen, daß Handelspositionen leichter verloren gehen, als sie wieder gewonnen werden können. Für Italien, welches auf den französischen Nachbar vielfach angewiesen ist, hat die Eröffnung der französischen Grenze eine große wirthschaftliche und demnach auch politische Bedeutung. Für den Dreibund ist es nicht gleichgiltig, ob der Verbündete wirthschaftlich stark ist oder nicht. Daß auch die politischen Beziehungen zwischen Italien und Frankreich besser werden, ist immerhin ein Vortheil für die Friedenspolitik.

Eine merkwürdige Verfügung

findet sich im heutigen „Reichsanzeiger". Mit Ermächtigung des Ministers für Landwirthschaft hat der Regierungspräsident zu Düsseldorf das Verbot der Einfuhr frischen Schweinefleisches aus Holland an der Grenze des Kreises Rees aufgehoben. Es ist aus der Bekanntmachung nicht zu ersehen, ob das Verbot nur für den Kreis Rees erlassen ist, bezw. weshalb das Verbot der Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Holland in den übrigen Grenzkreisen bestehen bleibt. Im übrigen ist es bekannt, daß in Rees seit Monaten eine lebhafte Agitation für die Oeffnung der Grenze zur Vieheinfuhr besteht, da Holland von Viehkrankheiten ganz frei sei. Verbittert ist diese Agitation besonders dadurch, daß der Landrath von Wesel als Vorsitzender des landwirthschaftlichen Vereins, Lokalabtheilung Rees, gegen die Oeffnung der Grenze agitirt.

Die Scenen in Pest.

Pest, 22. Nov. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war für 12 Uhr anberaumt, da aber bei dem Präsidenten Szilagyi eine Berathung stattfand, wurde sie erst 12³/₄ Uhr eröffnet. Das Haus war stark besetzt, die Tribünen überfüllt, die Straße, wo das Abgeordnetenhaus liegt, von Polizeiketten abgesperrt und nur mit Legitimation passirbar. Die passirenden Abgeordneten wurden legitimirt von Beamten des Hauses. Vor dem Polytechnikum wurden die dort angesammelten Studenten mit berittener Polizei handgemein. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen und drängte die Studenten ins Polytechnikum zurück.

Als die Parlamentssitzung eröffnet wurde, kam der Präsident auf die gestrigen Ereignisse zurück, welche das Gesetz und die Hausordnung erschüttert hätten und geeignet seien, die Grundlagen für die Berathung des Hauses zu untergraben. Er bedauerte diese Ereignisse, wobei nur die Folgerung zuläßig sei, daß sie sich nicht wiederholen. Der Honvedminister habe Zurufe zu hören geglaubt: „Von Ehre sprechen Sie nicht!" Der Präsident fordert den Abgeordneten, welcher den Zwischenruf gethan, auf, sich zu melden. Abg. Iwanker erklärte, er habe nur gesagt „Ehrenwort auf Zeit", worauf der Honvedminister erklärte, da der Zwischenruf, den zu hören er glaubte, nicht erfolgt sei, bitte er das Haus, seine Worte als nicht gesagt zu betrachten. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.) Die Angelegenheit war damit erledigt. Dann setzte der Honvedminister Fejervary seine gestrige Rede fort. Er stellte die gestrigen oppositionellen Angriffe gegen General Hentzi richtig und ersuchte das Haus, in der Schonung der Gefühle Anderer die Angelegenheit von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Hierauf führten mehrere Abgeordnete über das heutige und gestrige Betragen der Polizei Klage, worauf der Minister des Innern Perczel über die Polizeivorkehrungen und der Cultusminister Wlassics über die Verfügungen des Rectorats des Polytechnikums, wo Mittags Zusammenstöße zwischen Studenten und der Polizei stattgefunden hatten, Aufklärungen gaben. Während der Rede Perczels entstanden wiederholt Tumultscenen.

Auf den Straßen, besonders an der Universität und am Polytechnikum, ist es so stürmisch zugegangen, wie nur je. Die heute darüber vorliegenden näheren Meldungen besagen:

Pest, 22. Nov., Abds. In Folge der Demonstrationen am Polytechnikum hat der Rector die Vorlesungen bis auf weiteres sistirt. Auch an der Universität fanden Demonstrationen statt; die Studenten warfen nach der Polizei auch dort mit Steinen und Kohlenstücken; die Polizei mußte in den Hof des Gebäudes dringen und die Studenten auseinander jagen. Sowohl am Polytechnikum als auch an der Universität wurden mehrere Personen verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Nach Schluß der Vorlesungen versammelten sich die Studenten auf dem Museumsring, begrüßten die oppositionellen Abgeordneten mit Beifall und sangen das Kossuthlied. Die Polizei säuberte mit großer Anstrengung die Straße, wobei es zu heftigen Scenen kam. Schließlich gelang es, nachdem abermals mehrere Verhaftungen vorgenommen worden waren, die Ruhe wieder herzustellen. Die Stadt ist vollkommen ruhig und hat in allen Theilen mit Ausnahme des Studentenviertels ihr gewöhnliches Aussehen. Im Publikum äußert sich lebhafte Mißstimmung darüber, daß die Agitation sich der Universitätsjugend als Werkzeug für parteipolitische Zwecke bedient.

Ein anderer Bericht besagt:

Nach 4 Uhr Nachmittags rotteten sich etwa 100 Studenten an der Ecke der Alexandergasse zusammen und ließen die Aufforderung der Polizei, sich zu zerstreuen, unbeachtet. Die Polizei umzingelte die Studenten und brachte sie in das Polizeigebäude. Gegen 5 Uhr versammelten sich an 250 Studenten in dem Polytechnikum und begannen von den Fenstern aus Steine gegen die Polizei zu schleudern. Letztere drang in die Säle ein, überwältigte die Demonstranten, ließ dieselben aber frei, nachdem sie sich auf Ehrenwort verpflichtet hatten, sich ruhig zu verhalten. Nur vier Studenten wurden als Rädelsführer verhaftet. Um 5¹/₂ Uhr herrschte in den Straßen Ruhe. Aber am Abend ging der Krawall wieder los. Nachstehende Melduugen gingen uns noch heute zu:

Pest, 23. November. Im Universitäts-Lehrerverein fanden gestern Abend große Demonstrationen statt. Die Polizei leerte die Lokalitäten und sperrte dieselben. Ein Aufruf des Rectors am schwarzen Brett der Universität, warnt die Studenten, die Straßenskandale fortzusetzen, eventuell sollen die Vorlesungen sistirt, ja sogar die Universität geschlossen werden.

Die Gesammtzahl der bei den gestrigen Tumulten Verhafteten übersteigt 200. Der größte Theil derselben wurde wieder freigelassen.

Pest, 23. November. Eine Conferenz der Unabhängigkeitspartei beschloß, die Indemnitätsvorlage mit der Begründung abzulehnen, daß die Partei vom strafrechtlichen und politischen Gesichtspunkte der Regierung das größte Mißtrauen entgegenbringe. Die Unabhängigkeitspartei setzte sich mit der Nationalpartei ins Einvernehmen. Beide Parteien sind entschlossen, heute vor Eintritt in die Tagesordnung das gestrige Vorgehen der Polizei gegen die Studenten zur Sprache zu bringen.

Der Abg. Ludwig Hollo (Unabhängigkeitspartei) ließ den Minister des Innern, Perczel, fordern, weil er sich durch einen Passus in der Rede des Ministers beleidigt fühlte. In wohlunterrichteten politischen Kreisen wird dem Gerüchte von der bevorstehenden Vertagung des Reichstages entschieden Zweifel entgegengesetzt.

Galizien im österreichischen Parlament.

Das österreichische Abgeordnetenhaus begann gestern die Verhandlung des Anklageantrages Daszynski-Kosakiewicz wegen Verhängung des Ausnahmezustandes in Galizien. Daszynski schilderte in dreistündiger Rede auf Grund statistischer Daten das Elend der Bauern in Galizien, behauptete, daß der Ausnahmezustand vorwiegend zur Unterdrückung der socialistischen Propaganda in Galizien benutzt worden sei und brauchte die heftigsten Angriffe auf die Verwaltung und den Richterstand Galiziens. Der Ministerpräsident Graf Thun trat diesen Angriffen mit größter Entschiedenheit entgegen und wies die von Daszynski vorgebrachten Beschuldigungen zurück. Wenn die socialistische Partei die Anschauungen theile, denen Daszynski in seiner Rede Ausdruck gegeben, dann sei es vollkommen begreiflich, daß die politischen Behörden Galiziens, welche für Ruhe und Ordnung verantwortlich seien, ihre Aufmerksamkeit dieser Partei zuwandten. Die zur Verhängung des Ausnahmezustandes nothwendigen, gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen seien vorhanden gewesen. Es seien in der Zeit vom 23. Mai bis Ende Juli d. J. 150 Plünderungen und eine ungezählte Reihe von Diebstählen und Räubereien vorgekommen. Die Bewegung richtete sich gegen die Juden. Diese seien aber völlig gleichberechtigte Bürger des Staates und es sei Pflicht des Staates, jeden Bürger, ganz gleich, ob er Jude oder Christ sei, oder welcher Nationalität er angehöre, zu schützen. Er hoffe, es werde in verhältnißmäßig kurzer Zeit möglich sein, auch den letzten Rest der galizischen Bezirke vom Ausnahmezustand zu befreien. (Lebhafter Beifall.)

Nach der Rede des Ministerpräsidenten wurde die Debatte abgebrochen und die nächste Sitzung auf Donnerstag anberaumt.

Culturkampf in Frankreich.

In der französischen Deputirtenkammer stellte gestern der Socialist Levraud den Antrag, den Congregationen und Ordensgeistlichen die Unterrichtsthätigkeit zu untersagen und verlangte unter lebhaften Protestrufen auf der Rechten für seinen Antrag die Dringlichkeit. Mehrere Redner, besonders Cassagnac, bezeichneten in heftigen Reden den Antrag als einen Angriff auf die Freiheit. Der Socialist Millerand führte aus, es sei dringend nothwendig, Maßregeln zu treffen, aber das einzige Mittel, die Gefahr abzuwenden, sei die Trennung der Kirche vom Staat. Der Ministerpräsident Dupuy erklärte, die staatlich geprüften Lehrer fürchteten weder die Concurrenz noch die Freiheit des Unterrichts. Er glaube nicht an die Wirksamkeit des Vorschlages, die Kirche vom Staate zu trennen, die Lösung der Frage liege in dem Gesetz über die Associationen. Die Regierung werde demnächst eine Vorlage über diesen Gegenstand im Hause einbringen. Levraud verzichtete hierauf auf die Dringlichkeit seines Antrages, ein anderer Deputirter nahm aber den Antrag auf Dringlichkeit wieder auf, damit die Kammer Gelegenheit habe, zu der Frage Stellung zu nehmen. Die Dringlichkeit wurde mit 303 gegen 149 Stimmen abgelehnt. Ebenso wurde die Dringlichkeit eines hierauf eingebrachten Antrages abgelehnt, in welchem den staatlich geprüften Lehrern ein Unterrichtsmonopol zugesprochen werden sollte.

Mehr Licht über Esterhazy.

Paris, 23. Nov. Dem „Matin" zufolge beschlagnahmte der Untersuchungsrichter im Credit-Lyonnais 43 Briefe, unter denen sich mehrere befinden, die Esterhazy von militärischen Persönlichkeiten empfangen hat. Das Blatt fügt hinzu, die Briefe seien von höchster Wichtigkeit und ließen keinen Zweifel über die Rolle Esterhazys in der Dreyfusangelegenheit.

Paris, 22. Nov. Heute sind die von dem Cassationshofe zur Aufklärung Dreyfus' über die Ursachen der Revision bestimmten Actenstücke nach Saint Nazaire abgegangen. Von dort fährt am Sonnabend ein Dampfer ab. Dreyfus wird Mitte Dezember im Besitze der Acten sein und seine Denkschrift ausarbeiten können.

Paris, 22. Nov. Picquart wurde heute von zwei Beamten der Sicherheitspolizei im Fiacre vom Militärgefängniß Cherchemidi in das Gefängniß nach dem Cassationshofe gebracht. Der Cassationshof begann sofort mit dem Verhör Picquarts. Es kam kein Zwischenfall vor.

Friedensschluß in Sicht.

London, 23. Nov. Das Reuterbureau meldet aus Washington: Das Cabinet hege keinen Zweifel darüber, daß der Friedensvertrag mit Spanien binnen wenigen Tagen in Paris werde abgeschlossen werden.

Pestunruhen

sind abermals in Indien, wo die gefährliche Epidemie fortdauernd grassirt, ausgebrochen. Die „Times" meldet aus Allahabad: Am Freitag kam es in Seringapatam wegen der behördlichen Vorkehrungen gegen die Pest zu Unruhen, an denen sich über 10 000 Menschen betheiligten. Polizei und Militär waren wiederholt gezwungen, zu feuern. Mehrere Personen aus den Volkshaufen wurden getödtet; 134 wurden verhaftet und nach Bangalore gebracht.

Deutsches Reich.

Berlin, 22. Nov. Dem Vernehmen nach ist die Einberufungsordre für den Reichstag dem Kaiser zur Unterschrift nachgesendet worden. Es sind drei Termine, der 29. und 30. November, sowie der 1. Dezember zur Wahl gestellt.

Berlin, 23. Nov. Dem Reichstage werden sofort nach Zusammentritt die in erster Reihe von den Vorstandsmitgliedern des Bundes der Landwirthe unterzeichneten Interpellationen zugehen, betreffend 1. den in Berlin ohne Vorhandensein einer staatlich beaufsichtigten Productenbörse stattfindenden Getreideverkehr, sowie die an der Berliner Börse stattfindenden Termingeschäfte in vom Terminhandel ausgeschlossenen Werthpapieren; 2. die Erhebungen in verschiedenen deutschen Bundesstaaten über Vorhandensein und Ausdehnung der Fleischnoth und 3. den hohen Reichsbankdiscont.

— Aus Sofia bringt die „Kölnische Ztg." die Sensationsmeldung, die Polizei habe eine zur Massenverbreitung bestimmte, von einem revolutionären Comité veranlaßte Flugschrift gegen den Fürsten Ferdinand beschlagnahmt, in welcher die Absetzung des Fürsten verlangt wird.

* **[Wegen Majestätsbeleidigung]** wurde am Montag in Berlin der Arbeiter Karl Francke, der schon sechs Jahre im Arbeitshause zugebracht hat, zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt. Er hatte an den Kaiser einen Brief gerichtet mit sinnlosen Betrachtungen über die Schlechtigkeit der Welt. In Frankfurt a./O. ist der Korbmacher Theodor Siewert aus Sofienthal wegen Majestätsbeleidigung zu einer einjährigen Gefängnißstrafe verurtheilt worden.

* **[Anarchistenversammlungen.]** Bezüglich des letzten Verbotes der in Berlin und Umgegend geplanten Anarchisten-Versammlungen wird mitgetheilt, der preußische Minister des Innern wolle im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung überhaupt keine Anarchistenversammlungen in Preußen mehr zulassen. Die Anarchisten aller Orten protestirten gegen diese Maßregel, erklärten aber gleichzeitig, daß sie in Zukunft von jeder öffentlichen Versammlung absehen würden.

* **[Die Bestrafung des Grafen Stolberg.]** Gegenüber den widersprechenden Meldungen über die Bestrafung des Rittmeisters Grafen Stolberg wegen tödtlicher Verletzung des Sergeanten Scheinhardt — es ist von Gefängniß, Festungshaft oder endlich Festung die Rede — spricht die „Bresl. Ztg." die Vermuthung aus, daß Graf Stolberg die in schweren Fällen bei den Offizieren übliche Strafe, nämlich Festungsgefängniß, erhalten habe. „Der Unterschied zwischen Festungshaft und Festungsgefängniß besteht darin, daß bei den Festungsgefangenen die Thüre des Zimmers, welches sich von denen der Festungshaft Verbüßenden nicht unterscheidet, auch am Tage verschlossen ist, und nur in den Freistunden geöffnet wird, daß ferner die Zahl der Freistunden eine geringere, in der Regel 3 anstatt 5, ist, und daß die Festungsgefangenen die Festung nur in militärischer Begleitung verlassen dürfen, während die „Festungsstubengefangenen" tagsüber hinter unverschlossenen Thüren sitzen und während ihres Urlaubs, den sie zum Verlassen der Festung erhalten, unbewacht ausgehen dürfen. Sowohl die Festungsstubengefangenen wie die Festungsgefangenen beköstigen sich indeß selbst, ihre Correspondenz ist frei, und die Bedienung wird durch Ordonnanzen besorgt, die zu diesem Behufe von einem der am Orte garnisonirenden Truppentheile abcommandirt werden.

* **[Die Commission für Arbeiterstatistik]** beendigte am Montag die Verhöre der Auskunftspersonen aus dem Gastwirthsgewerbe. Es wurden vorwiegend Wirthe verhört, welche Kellnerinnen beschäftigen, und waren ebenfalls Kellnerinnen und andere weibliche Angestellte erschienen. In den Gegenden, wo vorwiegend weibliches Personal in Wirthschaften beschäftigt wird, lebt dieses unter denselben Verhältnissen wie die Kellner in anderen Gegenden. Durch die Putzarbeiten, welche in der Regel des Morgens ausgeführt werden, sind sie gezwungen, in der Frühe an der Arbeitsstelle zu erscheinen und des Nachts, wenn die letzten Gäste nach Hause gehen, können sie ihr Ruhelager aufsuchen. Einzelne männliche, sowie weibliche Angestellte konnten mittheilen, daß sie einen Ruhetag besitzen. Sowohl aus Stuttgart wie aus Straßburg wurde dem „Vorw." zufolge mitgetheilt, daß es dort Wirthschaften giebt, wo eine überzählige Hilfskraft eingestellt ist, welche antreten muß, wenn das Geschäft besonders flott geht, und in der Regel eine Person zu vertreten hat, die einen ganzen freien Tag hat. Nach der „Magdeb. Ztg." fand allgemeinen Anklang die Forderung, daß junge Mädchen unter 17 Jahren überhaupt nicht in Wirthschaften beschäftigt werden sollten. Nachdem dann die Commission den Bericht betreffend die Erhebungen über die Arbeitszeit in den Getreidemühlen endgiltig festgestellt und einen Ausschußbericht über die Sonntagsarbeit im Binnenschifffahrts- und Flößereibetrieb entgegengenommen, wurde die Sitzung geschlossen.

Jetzt müssen die Reichstagsabgeordneten, welche Mitglied der Commission sind, neu gewählt werden. Zwei Mitglieder, der freiconservative Merbach und der nationalliberale Siegle, werden ausscheiden, da sie nicht wieder zu Reichstagsabgeordneten gewählt sind.

Leipzig, 23. Nov. Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision des Redacteurs des polnischen Blattes „Praca", Boleslaus Rakowski, der am 25. Juli von der hiesigen Strafkammer wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten und Beleidigung der Deutschen in den Provinzen Schlesien, Posen und Westpreußen zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden war.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Nov. Der hiesige deutsche Arbeiterverein „Vorwärts" hielt gestern Abend eine große Protestversammlung gegen die schleswigschen Ausweisungen ab. Der Versammlungssaal war überfüllt. Der Vorsitzende, Crämer, griff den preußischen Bureaukratismus wegen der Ausweisungen friedfertiger Dänen heftig an. Eine Menge anderer Redner schloßen sich ihm an und schließlich wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die preußische Regierung aufzufordern, von ihrer Ausweisungspolitik, besonders in Nordschleswig, Abstand zu nehmen, da es durch derartige Maßregeln den Deutschen erschwert werde, im Auslande ihren Erwerb zu suchen.

China.

Peking, 21. Nov. Die Gesundheit des Kaisers erweckt wiederum Besorgniß. Es heißt, er sei außer Stande, ohne Unterstützung zu gehen. Man glaubt in wohlunterrichteten Kreisen, daß sein Ende nahe sei.

Zur Rückfahrt des Kaisers.

Berlin, 23. Nov. Ein Telegramm aus Brindisi vom 22. d. Mts., Morgens, lautet: „Hohenzollern" passirte heute früh 9 Uhr nach guter Fahrt bei trübem, regnerischem Wetter Brindisi und setzt Reise nach Pola fort. Alles wohl.

Wien, 23. Nov. Das Einlaufen der „Hohenzollern" in den Hafen von Pola ist zwar für heute Morgen 8 Uhr angesagt, jedoch eine Verzögerung durch widrige Winde und stürmische See nicht ausgeschlossen. Das Kaiserpaar wird empfangen werden durch den Admiral Erzherzog Karl Stephan, den Marine-Commandanten Frhrn. v. Spaun und den Statthalter von Istrien, Grafen Goesz. Das Programm ist folgendes: Nach der Ankunft macht das Kaiserpaar eine Rundfahrt durch die Stadt, besichtigt die römische Arena und die übrigen Alterthümer, besucht dann die Familie des Erzherzogs Karl Stephan in dessen Villa und nimmt das Dejeuner an Bord der „Hohenzollern" ein. Die Abfahrt erfolgt 1 Uhr 20 Min. Nachmittags.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 23. November.

Wetteraussichten für Donnerstag, 24. November, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Steigende Temperatur, meist trübe, vielfach neblig. Strichweise Niederschläge.

* **[Postgang.]** Die zwischen Danzig und Heubude verkehrende Botenpost wird vom 15. Dezember cr. ab in eine Kariolpost umgewandelt, welche folgenden Gang erhält:

Abgang V.	Abgang V.		Ankunft V.	Ankunft N.
6.10*)	11.35	Danzig Bahnhof	10.10	6.30
. .	. .	Danzig	10.0	6.20
5.45	12.10	Troyl	9.40	6.0
6.5	12.30	Heubude	9.15	5.35

*) Im Winter 1 Stunde 25 Min. später.

* **[Westpreußische Landwirthschaftskammer.]** Unter dem Vorsitz des Herrn v. Puttkamer-

Gr. Plauth wurde gestern Nachmittag die sechste Sitzung der Landwirthschaftskammer unserer Provinz eröffnet, welcher die Herren Oberpräsident v. Goßler, Landeshauptmann Jäckel und Regierungsrath Busenitz beiwohnten. Der Vorsitzende berief die Herren v. Kries-Roggenhausen und Dörksen-Wossitz zu Beisitzern und theilte mit, daß Herr Oeconomierath Aly-Gr. Klonia leider von einem Unfall betroffen worden sei, so daß er zur Zeit im „Danziger Hof" krank darnieder liege und an den Sitzungen nicht Theil nehmen könne.

Dann hielt der Generalsecretär des deutschen Landwirthschaftsrathes Herr Dr. Dade einen Vortrag über „**Landwirthschaft und Handelspolitik**". Die Frage der Handelspolitik sei für die Landwirthschaft die wichtigste Frage, die es gebe, das beweise schon der Umstand, daß im Jahre 1897 für mehr als zwei Milliarden Mark solche landwirthschaftlichen Erzeugnisse eingeführt worden seien, welche in unserer Land- und Forstwirthschaft sowie in unseren Gärtnereien selbst gezogen werden können. Die Handelspolitik müßte derartig geleitet werden, daß die Interessen der Landwirthschaft und der Industrie nicht geschädigt würden. Die Industrie habe ein Interesse daran, möglichst billige Rohstoffe zu beziehen. Was die Landwirthschaft in dieser Beziehung für die Industrie für Opfer gebracht habe, beweise das Beispiel der deutschen Textilindustrie, zu deren Gunsten die einheimische Schafzucht, soweit sie früher auf die Production von Wolle gerichtet war, ruinirt worden ist, denn unsere blühende Textilindustrie bezieht für 230 000 000 Mk. Wolle aus dem Auslande. Aber neben einer blühenden Industrie müsse auch eine blühende Landwirthschaft bestehen, und das könne auch recht gut der Fall sein. Es sei, wie die Geschichte beweise, vorgekommen, daß die einheimische Landwirthschaft im Interesse der politischen Machtentwicklung oder im Interesse der Industrie vernachlässigt sei, wohin das führe zeige die Geschichte des römischen Staates, der in Trümmern gesunken sei, weil er in seiner Blüthe den Lebensbaum der einheimischen Landwirthschaft getödtet habe. Daß dagegen eine weise Handelspolitik das Gedeihen der Staaten befördere, sei aus der Getreidepolitik der preußischen Könige im vorigen Jahrhundert zu ersehen. Wie stehe es nun mit unserer jetzigen Handelspolitik? Daß die Einfuhrwerthe die Summe von zwei Milliarden Mark überschritten habe, sei hauptsächlich eine Folge der in den Jahren von 1892—94 abgeschlossenen Handelsverträge, durch welche eine Herabsetzung der landwirthschaftlichen Schutzzölle um 30 bis 40 Proc. vorgenommen worden sei. Da nun die Industriezölle keine nennenswerthe Ermäßigung erfahren hätten, so liege klar zur Hand, daß alle Vortheile für die Industrie durch die Preisgabe der landwirthschaftlichen Schutzzölle erkauft worden seien. Der Vortragende führte nun die Ermäßigungen einzeln auf und legte weiter dar, daß von 74 landwirthschaftlichen Artikeln überhaupt nur 43 einen Schutzzoll genössen. Diese Zölle seien aber im Vergleich zu den Zöllen anderer Länder, wie der Redner näher ausführte, so niedrig, daß es unbillig sei, wenn man den Landwirthen vorwürfe, sie verlangten hohe Agrarzölle. Es sei deshalb eine ganz gerechtfertigte Forderung, daß bei dem Abschluß der neuen Handelsverträge die Schutzzölle nicht nur in der früheren Höhe wiederhergestellt würden, sondern daß auch bisher noch nicht geschützte Artikel einen Zollschutz erhalten. Die deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft habe eine Enquete über die Rentabilität der landwirthschaftlichen Betriebe ausgeschrieben, in der namentlich über die Wirkung der ausländischen Concurrenz und auch darüber berichtet werden solle, ob der Betrieb in Folge des mangelhaften Schutzes unrentabel geworden sei. Es liege im Interesse der Landwirthe, daß sie ohne Vorurtheil an die Beantwortung dieser Frage herantreten, denn darüber müßten sie sich klar werden, daß nicht nur der gesammte Handel, sondern auch ein beträchtlicher Theil der Industrie nicht allein gegen eine Erhöhung der heutigen Agrarzölle sei, sondern sogar eine Herabsetzung derselben verlange. Die Stichworte „Brodvertheuerung" und „Fleischnoth" seien schon in weiten Kreisen des Volkes eingedrungen. Es werde der Landwirthschaft vorgeworfen, daß sie nicht im Stande sei, den Bedarf des Inlandes zu decken, daß die Production nicht gleichen Schritt mit der Vermehrung der Bevölkerung halte, und daß die steigende Zahl der Einfuhr die Nothwendigkeit derselben beweist. In diesen Behauptungen liege insofern ein Körnchen von Wahrheit, als die deutsche Landwirthschaft in der That in einem ungünstigen Jahre vielleicht nicht den gesammten Consum zu decken vermöge. In normalen Zeiten sei sie aber hierzu vollständig im Stande. Der Redner wies auf das Beispiel von England hin, welches $^3/_4$ seines Bedarfs an Brodgetreide vom Auslande beziehen müsse. Sollte im Falle eines Krieges diese Zufuhr einmal beschränkt werden, so würde in zwei bis drei Wochen eine Hungersnoth ausbrechen. Das deutsche Reich sei glücklicherweise noch nicht so abhängig vom Auslande, wie unsere Gegner es darzustellen beliebten. Als Nahrung eines Volkes diene Brod, Kartoffeln und Fleisch. Nun sei der Fleischconsum bei uns noch verhältnißmäßig gering, und da auch die Kartoffel nicht als Grundlage unserer Volksernährung dienen könne, so bildet für unser deutsches Volk die Brodnahrung noch immer die Hauptsache. Der Redner führt nun aus, daß nach den Ergebnissen der Statistik der deutsche Getreidebau mehr an Früchten ergeben habe, als auch nach Abzug des Bedarfs an Saatgetreide zur Deckung des inländischen Consums erforderlich gewesen sei. Da nun im letzten Jahre der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr 1 800 000 Tonnen betragen habe, so sei anzunehmen, daß, wenn man den Bedarf für Branntwein abziehe, mehr als $1^1/_2$ Millionen Tonnen verfüttert worden seien. Hier liege die Bedeutung der Frage wegen der Kornzölle, ob es wirklich nothwendig sei, eine so große Menge Getreide zur Viehfütterung zu verwenden, oder ob dies deshalb geschehe, weil die Getreidepreise unrentabel seien. Der Redner führte weiter aus, daß die deutsche Landwirthschaft auch im Stande sei, den Bedarf an Brodgetreide zu produciren, wenn das deutsche Volk sich in derselben Weise weiter vermehren würde, wie in den letzten zehn Jahren. Bis jetzt wenigstens sei der Ertrag aus der zur Bebauung verwendeten Bodenfläche von Jahr zu Jahr so erheblich gestiegen, daß man das als sicher annehmen müßte. Vorausgesetzt, daß die nächsten zehn Jahre uns wiederum eine Vermehrung von je 570 000 Köpfen pro Jahr brächte, so wäre lediglich eine Steigerung des Ertrages um 120 Kilogramm Getreide pro Hectar nothwendig. Es unterliege aber keinem Zweifel, daß diese Steigerung erreicht, ja es sei wahrscheinlich, daß sie übertroffen werde. Jedenfalls sei die deutsche Landwirthschaft im Stande, heute so viel Getreide zu bauen, als das deutsche Volk zu seiner Ernährung brauche, und diesen Vorzug durch eine weise Handelspolitik zu erhalten, sei die wichtigste Aufgabe unserer Fürsten und Staatsmänner. Die Versammlung spendete dem Referenten lebhaften Beifall und dankte ihm durch Erheben von den Sitzen.

Hierauf referirte Herr Majoratspächter Bamberg-Stradem über den Antrag des Vereins Rosenberg: **Wie ist dem zunehmendem Mangel an Arbeitskräften im landwirthschaftlichen Betrieb abzuhelfen?** Zweifellos sei der Arbeitsmangel in diesem Jahre wesentlich stärker geworden und von der Lösung dieser Frage wird es abhängen, ob die westpreußische Landwirthschaft auf demselben blühenden Standpunkt verbleiben könne, den sie bisher einnehme. Die Gründe, weshalb der Arbeitermangel in diesem Jahre so empfindlich gewesen sei, liegen theils darin, daß der Abzug in die westlichen Provinzen stärker und der Zuzug aus Russisch-Polen schwächer gewesen sei, und dazu sei noch der plötzliche Eintritt einer frühen Winterperiode gekommen. Die Löhne waren so gewaltig gestiegen, daß an der Grenze zu Zeiten 3 bis 4 Mk. Tagelohn gezahlt wurden. Wie solle nun der Arbeiternoth gewehrt werden? Das könne zunächst durch weitere Vermehrung der Maschinen geschehen, bei deren Verwendung die Besitzer heute vielfach billiger abschneiden, als bei Verwendung von Arbeitern. Der Minister habe den Landwirthen empfohlen, die einheimischen Arbeiter durch humane Behandlung, durch bessere Bezahlung und durch bessere Wohnungen mehr wie bisher an die heimische Scholle zu fesseln. Diese Forderungen seien so weit wie möglich heute bereits erfüllt. Die Wohnungsverhältnisse seien auf den meisten Gütern sehr verbessert worden, und wo das nicht der Fall sei, sei es deshalb geschehen, weil den Besitzern die Mittel fehlten. Vielleicht könne durch Gewährung billiger Mittel in dieser Hinsicht noch manches geschehen. Die Löhne seien hier zu Lande eben so hoch wie in den westlichen Provinzen. Auch die Behandlung der Leute sei durchweg eine humane. Vielleicht würde es manchem Besitzer zu empfehlen sein, in dieser Beziehung seine Beamten noch schärfer zu controliren. Empfehlenswerth sei auch die Ansetzung von Colonisten, denen man einige Morgen Land geben und den Bau eines Häuschens bewirken könne. Ferner müsse auch daran gedacht werden, eine Ersparniß der Arbeitskräfte herbeizuführen, und dies würde sich vielleicht durch eine Einschränkung des Baues von Hackfrüchten erreichen lassen. Was nun die polnisch-russischen Arbeiter betreffe, die als Ersatzleute für die Sachsengänger dienen sollten, so käme es heute schon oft genug vor, daß diese Leute von der Grenze direct nach dem Westen verladen würden, so daß hier nur ein ganz geringer Theil verbleibt. Er sei dafür, daß durch eine gesetzliche Bestimmung angeordnet würde, daß die Verwendung derartiger Leute nur in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, und Schlesien gestattet, in den übrigen Provinzen aber verboten würde. Ferner empfehle er einen Versuch mit schwedischen Arbeitern zu machen. Der Vorstand der Landwirthschaftskammer möge angewiesen werden, Erkundigungen anzustellen, und wenn diese ein günstiges Resultat gehabt hätten, in dem nächsten Jahre die Mittel zu einem Versuch bereit stellen. Ferner empfehle er, an das Generalcommando noch einmal den Antrag zu stellen, die militärischen Uebungen des Beurlaubtenstandes so einzurichten, daß sie vor Beginn der Ernte bereits beendet seien, und zur Erntezeit Beurlaubungen solcher Soldaten, die vor ihrem Eintritt ländlichen Arbeiter gewesen seien, eintreten zu lassen. Ferner müßte darauf hingewirkt werden, daß fiscalische Bauten zur Erntezeit entweder eingestellt, oder wenigstens eingeschränkt würden. Zuletzt müßten auch die Bestimmungen über den Contractbruch verschärft werden, und namentlich auch Unternehmer und Gesindevermiether, welche die Leute zum Contractbruch verleiten, zur Bestrafung herangezogen werden. Der Referent hatte schließlich seine Ausführungen in entsprechende Anträge formulirt.

Herr Oberpräsident v. Goßler erklärte die Frage des Arbeitermangels für die schwerste, welche die Landwirthschaft und die Staatsregierung bis jetzt beschäftigt habe. Er habe bis jetzt noch keine Frage gefunden, für welche eine Lösung so schwer zu finden sei. Schon seit Jahren habe er sich bemüht, Material zu sammeln, welches zu einer Lösung der Calamitäten verwerthet werden könne. Hier in Westpreußen liege die Sache so, daß wir ohne die Abwanderung der Arbeiter einen Ueberschuß an Arbeitern haben würden. Im Jahre 1891 sind 33 000 Personen abgewandert und nur 6000 zugewandert, und die Differenz zwischen Abgewanderten und Zugewanderten bildet das Deficit an Arbeitskräften. Im Jahre 1897 ist eine Besserung eingetreten, denn es wanderten nur 20 000 ab, während 10 000 zugewandert sind. Die Differenz ist demnach wesentlich geringer. Der Sitz der Abwanderung liegt in den ärmeren Kreisen, welche von einer fruchtbaren Bevölkerung bewohnt werden, der es in der Nachbarschaft an Arbeitsgelegenheit fehlt. Diese Leute haben nun unzweifelhaft eine volle Berechtigung, sich eine Arbeitsgelegenheit zu suchen und es ist nur unser Schmerz, daß sie das in fremden Gegenden thun. So sind z. B. aus dem Kreise Pr. Stargard eine große Anzahl Arbeiter abgewandert, während im benachbarten Kreise Dirschau eine noch größere Anzahl gebraucht wurde. In dem Kreise Schwetz sind 5000 Arbeiter abgewandert, und das ist um so wunderbarer, als in der Nähe die fruchtbaren Niederungslandschaften liegen, welche dringend Arbeitskräfte nöthig haben. Sogar aus einem der hochentwickeltsten Kreise der Provinz, dem Kreise Thorn, sind 1571 Arbeiter abgewandert. Es ist nun die wichtigste Frage für den Einzelnen und auch für die Verbände, wie ist es möglich, diese Leute im Vaterlande zu halten? Unsere Löhne sind doch nicht schlechter, als wie in anderen Provinzen, und außerdem muß von ihnen noch das Fahrgeld bestritten werden, während die Leute doch in der Nähe mit großem Vortheil Arbeit finden können. Doch das sei nur die pekuniäre Seite der Frage, nicht minder wichtig sei die moralische. Er habe von den katholischen kirchlichen Behörden vertrauliche Berichte eingefordert, und er müsse dem verstorbenen Bischof Dr. Redner noch an dieser Stelle seinen Dank für sein bereitwilliges Entgegenkommen aussprechen. Die Berichte stimmten darin überein, daß die Auswanderer in ihrem sittlichen Zustande herabgedrückt würden, ja einige Pfarrer hätten direct berichtet, es scheine fast, als ob die Leute der Meinung seien, daß jenseits der Provinz Westpreußen ein anderes Sittengesetz herrsche. Die katholischen Pfarrer haben mit tiefem Schmerze die Wahrnehmung gemacht, daß namentlich die weiblichen Auswanderer moralisch verwahrlost zurückkehren. Den Winter verbringen sie meist in Unthätigkeit und verzehren ihr erworbenes Geld oder geben es für Flittertand aus. Es würde schon viel geholfen werden, wenn die Landleute durch zweckmäßige Arbeitsorganisation mit den Leuten direct verkehren könnten, jetzt schiebt sich immer der Unternehmer, ein richtiger Menschenhändler, dazwischen. Er könne den Landwirthen nur empfehlen, in ihren Vereinen der Frage näher zu treten, ob man nicht rechtzeitig in den Kreisen bekannt machen könne, da oder dort ist Arbeitsgelegenheit. Das würde vielleicht helfen, da ja die Löhne hier dieselben sind wie im Westen. Was nun den Vorschlag des Herrn Bamberg, ausländische Arbeiter heranzuziehen, betreffe, so wolle er nur daran erinnern, daß es auch bereits im Auslande an Arbeitskräften fehle, die aus der Ferne herangezogen würden. Bei einer weiteren Ausdehnung dieses Systems würde sich dann eine wahre Völkerwanderung ergeben. Am besten würde es immer sein, wenn wir die Leute in Westpreußen zurückhalten können, und er biete gern zur Verwirklichung dieser Bestrebungen seine guten Dienste an.

Herr Päsler-Mienthen meint, der Krebsschaden werde nicht beseitigt werden, wenn man nicht die Auswüchse des Freizügigkeitsgesetzes beschneiden könne. Es müsse eine Novelle zu diesem Gesetz erlassen werden, in der bestimmt wird, daß Arbeiter und Arbeiterinnen bis zu einem gewissen Alter den landräthlichen Kreis nur mit Genehmigung des Landraths verlassen dürften. Es werde behauptet, daß dies eine Beschränkung der persönlichen Freiheit sein würde, aber auch die Gesetze gegen den Diebstahl seien eine Beschränkung der persönlichen Freiheit. Ferner sei eine Verschärfung der Strafen für den Contractbuch erforderlich, und zwar müsse die Strafe nicht den Arbeiter, sondern den Arbeitgeber treffen, der einen Arbeiter ohne Legitimation beschäftige. Für die Landwirthe sei das Bedenklichste, daß wir nie wissen, wie lange wir unsere russisch-polnischen Arbeiter haben. Wie viele Fälle in der Praxis ergeben haben, werden sie durch gewissenlose Unternehmer verlockt, sich heimlich zu entfernen, und das geschieht meist, wenn sie am nöthigsten gebraucht werden. Er schlage deshalb vor, daß in der Nähe der Grenze Aemter errichtet werden, bei denen die polnischen Arbeiter ihre Papiere niederlegen und dafür während ihres Aufenthaltes deutsche Papiere erhielten. Dadurch würde schon manchem Uebelstande abgeholfen werden.

Herr v. Kries-Trankwitz stellt den Antrag, daß auf gesetzlichem Wege die völlige Straflosigkeit des Contractbruches seitens ausländischer Arbeiter beseitigt werde. In der weiteren Debatte plaidirt Herr Meyer-Rottmannsdorf dafür, daß der Bezug russischer Arbeiter dadurch erleichtert werde, daß die Chikanen, die heute noch vielfach beständen, wegfielen. Die Contractbestimmungen, wie sie heute vorgeschrieben seien, würden von den Besitzern doch nicht eingehalten und könnten auch nicht eingehalten werden.

Nachdem dann Herr Bamberg seine Anträge zurückgezogen hatte und der Antrag v. Kries einstimmig angenommen worden war, wurde beschlossen, die Angelegenheit **in der Frühjahrsversammlung weiter zu verhandeln.** Der Rest der Tagesordnung wurde dann bis zur nächsten Sitzung vertagt und die Sitzung geschlossen. Nach derselben fand ein gemeinsames Essen im Schützenhause statt.

An Stelle des Herrn v. Puttkamer, welcher zu der Beerdigung seines Bruders nach Glowitz in Pommern gereist war, führte bei der heute fortgesetzten Plenar-Versammlung der stellvertretende Vorsitzende, Herr Oberamtmann Krech-Althausen den Vorsitz.

Es wurden zunächst die Wahlen der Herren Thibo-Russeck, Schmelzer-Galczewko, Beyrich-Zandersdorf und Borowski-Riesenwalde zu Mitgliedern der Landwirthschaftskammer für giltig erklärt. Dann wurde Herr Generalsecretär Steinmeyer für die weitere Wahlperiode unter einer geringen Erhöhung seines Gehaltes von circa 300 Mk. durch Acclamation wiedergewählt.

Herr Verbandsanwalt Heller-Danzig wies darauf hin, daß der Bankdiscont der Reichsbank die bedenkliche Höhe von 6 Proc. erreicht habe, und daß diese Steigerung für die Landwirthschaft von den schwersten Folgen sei. Er bitte deshalb die Kammer, sich darüber auszusprechen, ob sie **diesen hohen Zinsfuß für eine Calamität halte** und wenn das der Fall sei, ob es nothwendig sei, **daß Maßnahmen dagegen zu ergreifen seien.** Als s. Z. die „Preußenkasse" gegründet wurde, war der Landwirthschaft ein Zinsfuß von 3 Proc. zugesagt worden, der später auf 4 Proc. erhöht wurde. Jetzt berechnet aber auch die Preußenkasse für Wechsel den Discont der Reichsbank und dieser Zustand sei schwer zu ertragen. Woher komme nun die gegenwärtige Geldknappheit? Entweder sei die Golddecke zu kurz, oder der Anspruch im Inneren sei zu stark. Der Reichsbankpräsident Koch habe in seiner letzten Erklärung die letztere Erscheinung als Grund angegeben. Diese Erklärung sei für die Landwirthe sehr werthvoll, denn sie beweist, daß die Industrie in der Sonne, die Landwirthschaft im Schatten stehe, darum habe die Industrie eine so kolossale Entwicklung genommen und diese Entwicklung bilde den Krebsschaden der gegenwärtigen Situation des Geldmarktes. Der Krebsschaden kann aber nur dann gehoben werden, „wenn wir nicht mehr die Stiefkinder sind und die Industrie für die Zukunft nicht mehr ausschließlich geschirmt, geschützt und geliebkost werde". — Herr v. Kries-Trankwitz erklärt sich als einen Anhänger der Doppelwährung und ist der Meinung, daß, wenn wir die Doppelwährung hätten, diese bösen Zustände nicht eingetreten wären. Hr. v. Graß-Klanin findet den Grund darin, daß die Preußenkasse ihren Zweck, zu dem sie gegründet sei, nicht erfülle. Sie solle die Landleute davor schützen, daß sie nicht unter den schwankenden Verhältnissen zu leiden hätten, und das geschehe gegenwärtig nicht. — Herr Wollschon-Kamlau hält es für ein großes Unrecht, daß die Landwirthe nicht denselben Credit bei der Reichsbank erhielten, wie die Kaufleute und Industriellen. Der hohe Discont sei durch das Anwachsen der Speculation verursacht worden, daran seien die Landwirthe unschuldig, denn sie hätten überhaupt nichts bekommen. Die Preußenkasse habe ihre Versprechungen schmählich gebrochen, denn sie habe zugesichert, einen Zinsfuß von 3 Procent zu geben und diesen Zinsfuß nicht inne gehalten. Herr Heller bittet, von der Währungsfrage abzusehen und sich an die Erklärung des Bankpräsidenten zu halten. Redner meint: „Wir Landwirthe können verlangen, daß wir auch einmal wieder in der Sonne stehen". — Herr Pferdmenges-Rahmel erzählt unter der großen Heiterkeit der Versammlung, ein Börsenbesucher habe ihm gesagt, die gegenwärtige Geldklemme rühre von der Aufhebung des Terminhandels her. Nachdem der Vorsitzende constatirt hatte, daß Einstimmigkeit darüber herrsche, daß die Geldknappheit eine Calamität sei, und daß Maßregeln dagegen ergriffen würden, wurde beschlossen, das Votum der Kammer dem Landes-Oekonomie-Collegium, dem deutschen Landwirthschaftsrath und sämmtlichen preußischen Landwirthschaftskammern zuzustellen. Die letzteren sollen ersucht werden, die Angelegenheit auf die Tagesordnung ihrer nächsten Plenarsitzungen zu setzen.

Hierauf wurden als Delegirte für den deutschen Landwirthschaftsrath die Herren v. Puttkamer und Steinmeyer und als ihre Vertreter die Herren von Kries-Trankwitz und Holtz-Parlin wiedergewählt.

Die Rechnung der Landwirthschaftskammer für das Jahr 1897/98 wurde entlastet und dann in die Berathung des Etats für das Jahr 1899/1900 getreten, welcher, wie wir gestern schon mitgetheilt haben, mit 209 152 Mk. balancirt. Der Etat wurde von Herrn Generalsecretär Steinmeyer erläutert und es knüpfte sich daran eine längere Debatte, welche sich vorwiegend um technisch landwirthschaftliche Dinge drehte. Der Etat wurde schließlich in der gestern mitgetheilten Fassung angenommen.

Wie s. Z. berichtet worden ist, hat die Kammer ein Statut für eine Haftpflichtversicherung beschlossen, welches dem landwirthschaftlichen Minister zur Prüfung vorgelegt worden ist. Der Minister hat nun verschiedene Abänderungen des Statuts verlangt, welche, wie der Referent, Herr Haase-Ziethen, hervorhob, zum Theil redactioneller, zum Theil principieller Natur sind. Die Kammer müsse sich nun darüber schlüssig machen, ob sie die Abänderungen annehmen oder einen anderen Versicherungsmodus acceptiren wolle. Die Sachlage habe sich gegen früher geändert, da die Stuttgarter Gesellschaft eine landwirthschaftliche Abtheilung geschaffen habe, die unseren Wünschen entspricht. Die Stuttgarter Gesellschaft gestattet auch den großen Corporationen wie den Landwirthschaftskammern Einfluß auf die Verwaltung in Bezug auf einzuführende Verbesserungen. Ferner sei bei der Stuttgarter Gesellschaft kein Risico vorhanden und man müsse auch damit rechnen, daß der Verein in der ersten Zeit seines Bestehens gewissermaßen „kranken" würde. Würde in den ersten Jahren ein größerer Unfall zu entschädigen sein, so sei zu befürchten, daß dem Verein viele Landwirthe fern bleiben würden. Herr Haase verlas dann den Entwurf eines Vertrages zwischen der Stuttgarter Gesellschaft und der Landwirthschaftskammer, der dem Vertrage entspricht, welchen andere Kammern und auch bereits der Bund der Landwirthe mit der Gesellschaft abgeschlossen haben. Die Commission empfiehlt der Kammer, unter diesen Umständen von der Gründung eines Haftpflichtversicherungsvereins Abstand zu nehmen und den Vorstand zu beauftragen, mit dem Stuttgarter Verein in Verhandlungen zu treten. Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Commission in der Form angenommen, daß der Vorstand beauftragt wird, möglichst bald einen Vertrag mit einer geeigneten Gesellschaft abzuschließen.

Die Kammer nahm dann den Antrag des Ausschusses für Vereinswesen auf Errichtung einer Eberversicherung ohne Debatte an, worauf Herr Steinmeyer die Mittheilung machte, daß der Minister vor einigen Tagen den Vorstand der Kammer beauftragt habe, sich über Vorschläge zur Verbesserung der Statistik des Saatenstandes und der Ernte bis zum 15. Dezember zu äußern.

Damit schlossen die Verhandlungen, welchen ein gemeinsames Mittagsmahl im Marinesaal des „Danziger Hofes" folgte.

---

* **[Zwangsinnung für Baugewerke.]** Auf Antrag der hiesigen Bauinnung hat der Herr Regierungspräsident mit Zustimmung des Ministers für Handel und Gewerbe angeordnet, daß zum 1. Januar 1899 eine Zwangsinnuug für das Maurer-, Zimmerer- und Steinmetzhandwerk in dem Bezirk der Kreise Danzig Stadt, Danzig Höhe, Danzig Niederung, Berent, Carthaus, Neustadt und Putzig mit dem Sitze in Danzig und dem Namen: „Bauinnung zu Danzig" errichtet werde. Von dem genannten Zeitpunkt ab gehören alle Gewerbetreibende, welche das Maurer-, Zimmerer- oder Steinmetzhandwerk betreiben und in der Regel Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen, dieser Innung an.

---

* **[Weihnachtsmesse des Gewerbe-Vereins.]** Heute Mittag gegen 12 Uhr wurde die zweite vom Gewerbe-Verein im Gewerbehause veranstaltete Weihnachtsmesse eröffnet. Schon der Treppenaufgang macht einen recht freundlichen und einladenden Eindruck. Die Wandungen des Treppenhauses und die Treppengeländer schmücken kostbare orientalische Teppiche und prächtige Vorhänge, Ausstellungsobjecte der Firma August Momber. In gärtnerischer Weise hat Herr Pommerencke, der ebenfalls Aussteller ist, durch tropische Gewächse und zierliche Blumenampeln das Treppenhaus geschmackvoll decorirt. Mit größeren Collectiv-Ausstellungen sind vertreten die Firmen Aug. Momber, Th. Burgmann, Singer Co. (Act.-Ges.), Korbmachermeister Gust. Neumann, Otto Jaglinski u. Co., M. A. Roggatz, Otto Klotz, A. W. Kafemann, Gust. Wendefeier, Th. Bertling, Conrad Späte, G. W. Bolz, L. Candiet. Etwas näher auf die Ausstellung einzugehen, behalten wir uns für die nächste Nummer vor.

K **[Danziger Kriegerdenkmal.]** Die von dem geschäftsführenden Ausschuß für die Errichtung eines würdigen Kriegerdenkmals in Danzig gewählte Sub-Commission für die am Sonnabend, den 10. Dezember, im hiesigen Wilhelm-Theater zum Besten des Kriegerdenkmals-Fonds geplante Vorstellung trat am 21. d. M., Abends, unter dem Vorsitze des Herrn Bürgermeisters Trampe zu einer Sitzung zusammen. Es war auch (wie schon gestern erwähnt) Herr Theater-Director Meyer der Einladung gefolgt. Herr Verkehrs-Inspector Bütow theilte mit, daß der hiesige Eisenbahnbeamten-Verein für die Vorstellung seine Mitwirkung zugesagt habe. Herr Theater-Director Meyer stellte nicht nur das ganze Wilhelm-Theater mit Beleuchtung, Requisiten etc. unentgeltlich zur Verfügung, sondern machte auch das Anerbieten, eine oder die andere Nummer des Festprogrammes durch sein Künstler-Ensemble ausführen lassen zu wollen. Nach dem Festprogramm soll im ersten Theil ein Cyklus von lebenden Bildern „Deutschland zur See" gestellt werden. Der zweite Theil wird ein Lustspiel bringen, woran sich als dritter Theil Vorträge, Gesänge, Tänze und sonstige Veranstaltungen anschließen werden. Zum Schluß der Vorstellung sollen wieder einige lebende Bilder gestellt werden.

---

* **[Seeamt.]** Ueber einen Schiffsbrand wurde heute vor dem hiesigen Seeamt verhandelt. Am 22. Oktober d. J., Abends, war auf dem an der Mitte des Südquais im Hafenbassin zu Neufahrwasser gelegenen Kieler Dampfer „Adele" (Capitän Krützfeld) ein Brand entstanden, bei dem alle um den Schornstein befindlichen Kajütenräume vollständig ausbrannten. Capitän Krützfeld, der obiges Schiff seit dem Jahre 1881 führt, wurde zuerst vernommen und gab an, er sei aus Hamburg gekommen, habe einen Theil der Ladung gelöscht und die Absicht gehabt, am nächsten Tage, also am 23. Oktober, Morgens 6 Uhr, nach Danzig zu fahren und auf dem Packhof den Rest der Ladung zu löschen. Er sei am 22. Oktober, Vormittags, nach Danzig gefahren und sei Abends mit dem letzten Zuge nach Neufahrwasser zurückgekehrt, wo ihm auf dem Bahnhofe von dem Brande Mittheilung gemacht wurde. Bei seiner Ankunft an Bord sei das Feuer schon gelöscht gewesen, er habe nur noch Qualm gesehen. Nach den von ihm angestellten Untersuchungen sei zur Zeit des Brandes, der kurz nach 9 Uhr bemerkt worden sei, nur der Steuermann und ein Halbmann auf Deck gewesen. Zwei Passagiere wären von Hamburg mitgekommen, die das Schiff schon um 8 Uhr Morgens verlassen hätten. Der Kohlentrimmer Fr. Bürger sei im Kohlenbunker mit Trimmen beschäftigt gewesen und habe plötzlich an der Decke des Bunkers einen kleinen glimmenden Schimmer bemerkt und deshalb Wasser verlangt, das ihm auch gegeben wurde. Da sich aber noch mehr Qualm entwickelte, habe er den Steuermann gerufen, der nunmehr auch den brandigen Geruch merkte und davon überzeugt war, daß auf dem Schiff Feuer sein müsse. Wieder auf Deck angelangt, habe der Steuermann die dicht geschlossene Kajütenthür geöffnet, worauf ihm dicker Rauch entgegenkam und auch die helle Flamme zu sehen war. Capitän Krützfeld hat nicht feststellen können, wie das Feuer ausgekommen ist. Jedenfalls müsse es zuerst in der großen Passagierkammer gebrannt haben, obwohl dort keinerlei feuerfangende Gegenstände gewesen wären. Die Maschine habe zur Zeit des Brandes kein Feuer gehabt, dasselbe war schon um 5 Uhr Nachm. gelöscht. Eine Selbstentzündung der Kohlen sei ausgeschlossen, sonst wäre der Mann im Kohlenbunker verbrannt. Der Steuermann sei zuletzt um 7 Uhr in seiner Kajüte gewesen und habe dort bei einer Lampe Abendbrod gegessen und dieselbe dann gelöscht. Er (Capitän K.) habe die Ursache des Feuers nicht entdecken können; es sei ihm geradezu ein Räthsel. Die Wandungen der Kajüten seien freilich so trocken gewesen, daß sie wie Zunder gebrannt hätten. Zeuge erklärt noch, daß er persönlich an Kleidern etc. und Proviant einen Verlust von etwa 2000 Mk. gehabt habe. Der Verlust an Schiffsinventar beziffere sich auf 6000 Mk. und die in Kiel vorgenommene Reparatur hätte 4000—5000 Mk. gekostet. — Der Steuermann Wiese bekundet so ziemlich dasselbe und fügt noch hinzu, daß er die Lampe, welche er in seine Kajüte zum Abendbrod-Essen mitgenommen habe, am ganz entgegengesetzten Ende des Schiffes angezündet und das glimmende Streichhölzchen seiner Gewohnheit gemäß ausgetreten habe. Er habe auch absolut keine Vermuthung, auf welche Weise das Feuer entstanden sei; weder er noch die Mannschaft habe sich eine Nachlässigkeit zu Schulden kommen lassen. Die im Bunker angehängte Lampe könne keine so intensive Hitze verbreitet haben, daß sie einen Brand veranlasse, auch habe sie etwa ein Meter tief unter eiserner Decke gehangen. Er (Zeuge) habe alles verloren — etwa 700 Mk. an Werth — während die Mannschaften nichts verloren haben. — Es wurden noch der Kohlentrimmer, der Heizer und ein Matrose vernommen und vereidigt, die aber auch nichts Wesentliches aussagen konnten, so daß der Reichscommissar, Herr Capitän z. S. a. D. Rodenacker, erklärte, da sich die Ursache der Entstehung des Feuers nicht ergeben habe, könne er keinen Antrag stellen. Nach kurzer Berathung erklärte der Vorsitzende, daß das Seeamt die Ursache des Brandes ebenfalls nicht habe feststellen können, daß indessen eine Verschuldung der Schiffsbemannung nicht vorliege.

---

§ **[Unfall.]** Die Wittwe Marie Ruttkowski von hier fiel gestern, als sie zur elektrischen Bahn lief, so unglücklich zur Erde, daß sie einen Armbruch erlitt. — Der Arbeiter Anton Hintz aus Emaus fiel in der Ziegelei von Müller-Hölle auf einen harten Gegenstand und erlitt dabei erhebliche Verletzungen der Rippen.

Beide mußten nach dem chirurgischen Stadtlazareth gebracht werden, woselbst ihre Aufnahme erfolgte.

t. [Strafkammer.] Der Wagenführer der elektrischen Bahn Strecke Langgarterthor - Bahnhof August Gehrmann war gestern der fahrlässigen Körperverletzung angeklagt. G. führt den Wagen Nr. 74. Er kam am 30. Mai vom Langgarterthor gefahren und fuhr eine alte 70jährige Frau, die ein kleines Kind an der Hand führte, über, wobei diese leichte Verletzungen erlitt. Angeklagter will sowohl geklingelt als rechtzeitig gebremst haben. Die Frau habe die Schienen überschreiten wollen, sei dabei ängstlich geworden, hin und her geschwankt und habe den richtigen Zeitpunkt dann verpaßt. Die Zeugen bekundeten, daß der Wagenführer für jene belebte Gegend zu schnell gefahren sei. Der Gerichtshof erkannte deshalb auf 30 Mk. Geldstrafe.

[Polizeibericht für den 23. November.] Verhaftet: 8 Personen, darunter 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen Unfugs, 4 Obdachlose. — Gefunden: vor 8 Tagen haben sich 2 Hühner eingefunden, abzuholen vom Magazin-Aufseher Herrn Emil Pawelzig, Neufahrwasser, Weichselstr. 9. — Verloren: 1 schwarzer seidener Regenschirm, 1 Portemonnaie mit 30 Mk., abzugeben im Fundbureau der königl. Polizei-Direction.

Standesamt vom 23. November.

Geburten: Malermeister Joseph Nardin, S. — Arbeiter Gustav Guth, T. — Zimmergeselle Paul Schwarz, S. — Arbeiter Rudolf Matthes, T. — Fabrik-Director Salomon Marx, S. — Arbeiter Rudolf Schiemann, S. — Friseur Paul Oestert, S. — Seilermeister Heinrich Loops, T.

Aufgebote: Maler Hermann August Franz Dwitzki und Mathilde Laura Musolf, geb. Hagemann. — Schlossergeselle Ferdinand Franz Radschun und Marie Magdalene Rose. — Sämmtliche hier. — Kaufmann Ludwig Oscar Fritze zu Zoppot und Ida Antonie Maria Kruk, geb. Zundel, zu Königsberg. — Müller Julius Friedrich Stribkowski zu Gr. Waldorf und Bertha Maria Kreutzholz hier. — Arbeiter Albert Heinrich Steinbrück und Heinriette Großkreuz, beide hier.

Heirathen: Betriebsunternehmer Ludwig Gniech und Martha Popzinski. — Musiker Hermann Riese und Thekla Sokolowski. — Kellner Leo Nickel und Florentine Loose. — Hausirer Arthur Lea und Jeanette Bähr, geb. Sommerfeldt. — Sämmtlich hier. — Schlossergeselle Franz Schönkerl zu Zigankenberg und Helene Teßmer, hier.

Todesfälle: Tischlermeister Rudolph Adolph Grund, 60 J. 9 M. — Seefahrer Robert August Klautke, 26 J. — Maurergeselle Emil Hermann Doehring, 53 J. — T. des Töpfergesellen Max Tesch, 7 M. — Rangirer Franz Drosdowski, 25 J. — Arbeiter Johann Prohl, 51 J. 8 M. — Wittwe Catharina Wensiora, geb. Jablonski, 43 J. — S. des verstorbenen Barbiers Karl Kuß, 11 J.

Danziger Börse vom 23. November.

Weizen war auch heute in guter Frage und Preise 1 M höher. Bezahlt wurde für inländischen bunt besetzt 692 Gr. 153 M, hellbunt leicht bezogen 750 Gr. 155 M, hellbunt 718 Gr. 156 M, hochbunt leicht bezogen 780 Gr. 158 M, hochbunt 767 Gr. 167 M, weiß leicht bezogen 766 Gr. 160 M, weiß 745 Gr. 164 M, 756, 761, 766, 777 und 783 Gr. 166 M, fein weiß 783 Gr. 168 M, roth 740 Gr. 158 M, 745, 750, 756 und 766 Gr. 160 M, Sommer- 769 Gr. 164 M per Tonne.

Roggen gefragt und steigend, zum Schluß wieder niedriger. Bezahlt ist inländischer 708 und 770 Gr. 144 M, 714 Gr. 144,50 M, 714 und 738 Gr. 145 M. Alles per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** ist gehandelt inländ. große 662 Gr. 134 M, russ. zum Transit 680 Gr. 98 M, hell 680 Gr. 103 M, weiß 662 Gr. 104 M, 683 Gr. 105 M, 688 und 702 Gr. 106 M, fein weiß 650 Gr. 115 M, kleine 591 Gr. 87 M per Tonne. — **Hafer** inländ. 125, 126 M per Tonne bezahlt. — **Erbsen** polnische zum Transit Mittel- 130 M, Golderbsen 174 M per Tonne gehandelt. — **Weizenkleie** grobe 4,10, 4,17½ M, extra grobe 4,37½ M, feine 3,90, 4,05 M, fein besetzt 3,80 M per 50 Kilogr. bezahlt. — **Roggenkleie** 4,10 M per 50 Kilogr. gehandelt. — **Spiritus** fester. Contingentirter loco 56,75 M Br., nicht contingentirter loco 37,25 M Br., November-Mai 37,25 M Br., 36,75 M Gd.

Berlin, den 23. November 1898.

Städtischer Schlachtviehmarkt.

Amtlicher Bericht der Direction.

439 Rinder. Bezahlt f. 100 Pfd. Schlachtgew.: Ochsen, a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahr alt — M; b) junge fleischige, nicht ausgemästete, und ältere ausgemästete — M, c) mäßig genährte junge, gut genährte ältere — M, d) gering genährte jeden Alters — M.

Bullen: a) vollfleischige, höchsten Schlachtwerths — M; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere — M; c) gering genährte 48—52 M.

Färsen u. Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — M; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, bis zu 7 Jahren — M; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen — M; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 50—52 M; e) gering genährte Kühe und Färsen 46—48 M.

962 **Kälber:** a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 72—75 M; b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 66—71 M; c) geringe Saugkälber 58—63 M; d) ältere gering genährte (Fresser) 45—48 M.

459 **Schafe:** a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 62—64 M; b) ältere Masthammel 55—58 M; c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 44—53 M; d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) — M.

10 245 **Schweine:** a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 57 M; b) Käser 57—59 M; c) fleischige 55—56 M; d) gering entwickelte 52—54 M; e) Sauen 50—54 M.

Verlauf und Tendenz des Marktes:

Rinder: Vom Auftrieb blieben nur 13 unverkauft, die notirten Preise wurden leicht erzielt.

Kälber: Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig.

Schafe: Bei den Schafen blieb ein Posten von 30 mageren Thieren unverkauft.

Schweine: Der Schweinemarkt verlief glatt und wurde ziemlich geräumt.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 22. November. Wind: W.

Gesegelt: Frigg (SD.), Börjeson, Malmoe, Getreide. — Edith (SD.), Lindqvist, Stockholm, Getreide. — Betty (SD.), Arvidson, Stockholm, Getreide.

Nichts in Sicht.

Holztransporte vom 22. November.

Stromab: 3 Traften eichene Schwellen, kiefern Kantholz, M. Murafkin-Pinsk, S. Warschawski, Mentz, Weßlinken.

1 Traft kiefern Kantholz, Frank u. Söhne-Berlin, A. Brose, O. Münsterberg, Holm.

5 Traften eichene Schwellen, Plancons, kiefern Kantholz, H. Liffschütz-Pinsk, J. Liffschütz, J. Münz, Bohnsack.

Verantwortlicher Redacteur Georg Sander in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.